



„Ein Angebot für mehr Transparenz und Vertrauen“

Vereinbarung über die gemeinsame politische Zusammenarbeit von 2020 - 2025

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD),

und

**Bündnis90/Die GRÜNEN (GRÜNE)
im Rat der Stadt Troisdorf**

Präambel

Getragen vom Wunsch vieler Wähler*innen nach mehr Transparenz, Diskussion und Bürger*innenbeteiligung auf Augenhöhe vereinbaren SPD und GRÜNE diese Kooperation für die nächsten fünf Jahre bewusst ohne eigene Mehrheit im Rat und seinen Ausschüssen. Die vorgelegte Vereinbarung ist ein Angebot an alle demokratischen Parteien und die Wählergemeinschaft im Rat der Stadt Troisdorf, Politik in Troisdorf mitzugestalten. Wir werben bei den anderen demokratischen Parteien und der Wählergemeinschaft für die Unterstützung eines neuen Politikstils und natürlich für diese Kooperationsvereinbarung. Im Gegenzug bieten wir anderen demokratischen Kräften im Hause die Chance, für ihre Ideen in den Ausschüssen und im Rat zu werben und Mehrheiten zu finden. Der Rat und die Ausschüsse sollen zukünftig mehr Gewicht in den Entscheidungsprozessen in der Stadt erhalten.

SPD und GRÜNE sind offen für andere Ideen. Einige Punkte aus den Wahlprogrammen der anderen Parteien und der Wählergemeinschaft haben wir bereits aufgenommen. Darüber hinaus sind wir bereit, diese Kooperationsvereinbarung zu ergänzen, zu erweitern oder anzupassen, sofern andere Ideen den Grundgedanken dieser Vereinbarung nicht widersprechen.

SPD und GRÜNE wissen, dass diese Form der Politik mit einem erhöhten Aufwand an Kommunikation und Kompromissbereitschaft verbunden ist. Dies müssen alle Fraktionen und Einzelratsmitglieder im Rat üben. Die Verwaltung wird ebenfalls üben müssen, mit ihren Verwaltungsvorlagen eine Mehrheit im Rat von ihren Positionen zu überzeugen. SPD und GRÜNE sind überzeugt, dass mit dem Konzept der offenen Mehrheiten ein neuer, vertrauensvoller Umgang in den Rat und seine Ausschüsse einziehen kann.

Mit der Corona-Krise haben sich die finanziellen Spielräume für die Politik erheblich verschlechtert. SPD und GRÜNE sind sich dennoch sicher, mit den folgenden Bausteinen zu verschiedensten Themen ein gutes Angebot zu machen.

Wir freuen uns über die Unterstützung aller demokratischen Parteien und der Wählergemeinschaft im Rathaus.

Leitlinien der Kooperation

Die wichtigsten inhaltlichen Bausteine unserer Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren sind getragen von dem gemeinsamen Willen, unsere Entscheidungen durch mehr Demokratisierung und Transparenz sowie echte und frühzeitige Bürgerbeteiligung auf eine breite Akzeptanz zu stellen. Es sind:

- der Ausbau des kommunalen Klimaschutzes,
- der Erhalt und Ausbau eines überdurchschnittlichen Bildungssystems,
- der Erhalt und Ausbau der Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche, und Senioren
- eine Finanzierung ohne zusätzliche Belastungen für die Troisdorfer Gewerbetreibenden, Grundbesitzer*innen und Mieter*innen,
- die Digitaloffensive für Bürgerservice, Schulen, Verwaltung, Wirtschaftsförderung – als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen,
- der unumkehrbare Einstieg in eine Verkehrswende.

Alle Punkte dieser Kooperationsvereinbarung sollen an diesen Punkten gemessen werden.

SPD und GRÜNE werden im Sommer 2023 diese Vereinbarung auf ihre weitere Gültigkeit prüfen und laden bereits jetzt die demokratischen Parteien und die Wählergemeinschaft im Rat der Stadt Troisdorf zu einem Dialog darüber ein.

Kooperationsbaustein Klima

GRÜNE und SPD bekennen sich zur Weiterentwicklung des Klimaschutzes.

Das Ziel für Troisdorf ist die Klimaneutralität bis 2035. Dazu soll das überarbeitete Klimaschutzprogramm ab dem Haushalt 2022 einen für Verwaltung, SPD und GRÜNE verbindlichen Fahrplan festlegen, mit einem Evaluationspunkt im Jahre 2025. Für 2021 werden die beiden Fraktionen vorschlagen, die bereits bestehenden kommunalen Förderprogramme im Bereich Klimaschutz mindestens zu verdoppeln.

Nach Fertigstellung des Klimaschutzkonzeptes sollen weitere Haushaltsmittel in den nächsten Jahren zusätzlich bereitgestellt werden, so dass eine Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und somit die Klimaneutralität bis 2035 realisiert werden kann. Alle planungsrechtlichen und baulichen Entscheidungen sollen nach Vorstellung von GRÜNEN und SPD zukünftig am neuen Klimaschutzkonzept ausgerichtet werden. Ausnahmen sind durch die Verwaltung ausreichend zu begründen. Der Bürgermeister soll jährlich über den Sachstand der Umsetzung berichten.

Ausgehend von weltweiten Änderungen durch den Klimawandel findet auch in der Stadt ein Wandel des Mikroklimas statt. Um diesem Wandel entgegenzuwirken, beauftragen GRÜNE und SPD die Verwaltung, eine Klimaanpassungsstrategie zu entwickeln. Mögliche Bausteine hierfür können die Wiederinstandsetzung der Bachläufe z.B. am Rotter See oder die bislang abgestellten Brunnenanlagen im Stadtgebiet sein. Unter Umständen ließen sich durch mobile Grünanlagen, z.B. „Grüne Wohnzimmer“, lokale Hot Spots in der Aufenthaltsqualität verbessern.

GRÜNE und SPD sind sich darüber einig, dass die konsequente Einschränkung und Rückführung von Schottergärten für die Verbesserung des Mikroklimas essentiell ist. Daher sollen alle planerischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Neuanlage solcher Schottergärten zu unterbinden. Bestehende Schottergärten sollen durch Förderanreize wieder natürlich gestaltet werden.

Kooperationsbaustein Wohnungsbau und Quartiersentwicklung

SPD und GRÜNE werden das Planungsziel, Wohnraum in die Innenstadt zu holen, weiterverfolgen. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen sollen demzufolge forciert werden. Im Rahmen einer bei der TROWISTA anzuesiedelnden Wohnraumbörse wollen wir jungen Familien und Senioren und Seniorinnen die Chance eröffnen, jeweils für die eigene Lebensphase schnell und günstig geeigneten Wohnraum zu finden.

Sozialer Wohnungsbau ist für SPD und GRÜNE ein wichtiger Bestandteil zur Entlastung des anhaltenden Bedarfs insbesondere an kleinen oder besonders großen Wohnungen. In der TroPark GmbH sehen wir eine Möglichkeit, den Bedarf durch öffentliches Engagement zu decken. Die Verwaltung wird beauftragt, den langfristigen Bedarf der Troisdorfer*innen für sozialen Wohnungsbau zu ermitteln mit dem Ziel, verbindliche Quoten bei Neubauprojekten einzurichten, die diesen Bedarf abdecken.

Großflächigen Baugebieten in privater Hand erteilen SPD und GRÜNE zukünftig eine Absage, um die räumlichen Strukturen der Ortsteile zu erhalten, die ökologische Wertigkeit der Flächen zu sichern und Finanzspekulationen entgegenzutreten.

Zukünftig stellt die Stadt Wohnbauflächen primär der TroPark zur Verfügung, die dann einen bedarfsgerechten Anteil an sozialem Wohnungsbau schafft. Da ein Verkauf der städtischen Flächen eine hohe Belastung für die Bilanz der TroPark darstellt, soll eine Erbbaulösung favorisiert werden.

Mit Renovierungszuschüssen zum Bestandserhalt von sanierungsbedürftigen Wohneinheiten, auch solchen die denkmalgeschützt sind, wollen wir das vorhandene Angebot zudem stärken. Im Gegenzug wollen wir die dann sanierten Wohnungen als Stadt für eine gewisse Zeit belegen. Als Pilot schlagen wir die Obere Kölner Straße vor.

Die Verwaltung soll Genehmigungsverfahren für den Bau von stationären „Tiny Houses“ so einfach wie möglich gestalten. Darüber hinaus soll ein Konzept erarbeitet werden, mit dem alternative Wohnformen und innovative, kosten-, flächen- und energiesparende sowie versiegelungsfreie Mini-Eigenheime in Troisdorf ermöglicht, angeregt und gefördert werden. Angesichts der schlechten Relation bei der Dämmung soll dabei auf mobile Einheiten verzichtet werden.

Zentrale Orte in jedem Stadtteil sollen als Stadtteilzentren mit Verwaltungssprechstunden (Stadtlotsen), Pflegestützpunkten und Begegnungsstätten als Treffpunkt aller Generationen geschaffen werden.

Die Realisierung von Wohnraum über Flächen von Parkplätzen Troisdorfer Supermärkte soll erneut und aktiv seitens der Verwaltung angegangen werden.

SPD und GRÜNE werden die Idee, Glascontainer unter die Erde zu verlegen, weiterführen.

Kooperationsbaustein Natur und Umwelt

GRÜNE und SPD sehen im Erhalt der Natur im Stadtgebiet einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt. Im Spannungsfeld zum Wohnungsbau stehend, wird ein Maximum an Grünflächen im Stadtgebiet erhalten und wieder neu ausgewiesen werden.

GRÜNE und SPD sehen in einer stärkeren Koordination der fachlich betroffenen Ämter unter Führung des Amtes für Umwelt- und Klimaschutz einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

Das Programm „Blühende Landschaften“ soll mindestens im bisherigen finanziellen Umfang weiter ausgeführt werden.

Die derzeitige Quote von 1:1 im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen für gefälltete Bäume erscheint GRÜNEN und SPD nicht mehr ausreichend im Zuge von Klimawandel und Klimaanpassungsstrategien. Daher sollen die Ersatzquote auf 1:1,5 angepasst und die entsprechenden Ausgleichszahlungen erhöht werden.

Die Renaturierung der Sieg soll weiterverfolgt werden unter Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft und sonstiger durch die Maßnahme betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Das Grünflächenpflegemanagement wird verbessert mit dem Ziel einer möglichst extensiven Grünpflege auf allen städtischen Flächen. Ziel von GRÜNEN und SPD ist es, die gesamte Grünpflege daher zukünftig im Amt für Umwelt und Klimaschutz/Sachgebiet Grünflächen zu konzentrieren. Haushaltsmittel und Personal sollen dorthin zu überführt werden. Angestrebt ist darüber hinaus der Aufbau einer städtischen Grün-Pflege-Einheit, in der gezielt auch Langzeit-Arbeitslose beschäftigt werden sollen. Bushaltestellen werden, soweit technisch möglich, begrünt.

GRÜNEN und SPD ist bewusst, dass diese Maßnahmen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen verlangen. In den Haushaltsplanberatungen 2021/22 werden wir daher zwei zusätzliche Vollzeitstellen dem Sachgebiet Grünflächen zuordnen, eine davon als mittelfristige Nachfolge für einen städtischen Gärtner, die Haushaltsansätze werden gemäß den politisch eingeforderten Ansprüchen angepasst.

Für die Realisierung der neuen und zur qualitativen Steigerung der bisherigen Aufgaben richten wir zudem im Sachgebiet Umwelt eine zusätzliche Vollzeitstelle ein. In Spich wollen wir unter Einbindung der Nutzer*innen für ein Naturschutzgebiet „Spicher Seen“ beim Rhein-Sieg-Kreis werben.

Die Verwaltung wird beauftragt, ungenutzte Brachflächen zu identifizieren und diese durch Zuordnung als Ausgleichsflächen in zukünftigen Bebauungsplanverfahren wieder in Grünflächen umzuwandeln.

Das Ende der Sondermülldeponie liegt nicht mehr in dieser Wahlperiode. Dennoch werden GRÜNE und SPD bereits 2024 und 2025 einen Zeitplan des Deponiebetreibers einfordern, um frühzeitig die Bevölkerung über die weiteren Schritte informieren zu können.

Kooperationsbaustein Stadtentwicklung/Bau

SPD und GRÜNE werden die Umwandlung von bisher planerisch reinen Einzelhandelsflächen in urbanes Gebiet, und damit einem Mix aus Wohnen und Einzelhandel, forcieren. SPD und GRÜNE wollen brachliegende Gewerbeflächen revitalisieren oder zum Beispiel in Handwerkerhöfe mit kleinteiligen Angeboten umwandeln.

SPD und GRÜNE sagen zu, dass mindestens ein Versammlungsstandort in Kriegsdorf und Eschmar dauerhaft geschaffen oder erhalten wird, der dem Bedarf im Ort angemessen ist. Ergibt sich eine private Investition für einen ausreichend großen Versammlungsraum, soll ein Management des Raumes über die Kulturverwaltung geprüft werden. Die Grundsanierung des Bürgerhauses Spich und der Neubau der Mehrzweckhalle Altenrath werden mit Vorrang verfolgt.

Die Umgestaltung des Pfarrer-Kenntemich-Platzes soll in den nächsten fünf Jahren angegangen werden. Ausgangslage für die Neugestaltung ist ein von der Stadt ausgeschriebener Wettbewerb, der die aktuellen Fragen an Energieeffizienz, Klimaschutz, Ausstattung der Innenstadt mit Grün, Angemessenheit, Aufenthaltsqualität und Attraktivität aufgreifen soll. Neben dieser allgemeinen planerischen Vorgabe sollen die Anwohner*innen ihre Vorstellungen vor Ausschreibungsbeginn einbringen. Ergänzend wollen wir bei der zukünftigen Umgestaltung auch die Möglichkeit berücksichtigen, einen Spielplatz einzurichten. Innerstädtische Baulücken werden zukünftig nur dann einer Verdichtung zugänglich gemacht, wenn der Wegfall der Flächen keine negativen Auswirkungen auf das Mikroklima vor Ort hat. Investoren oder die Stadt sind aufgefordert nachzuweisen, dass dies nicht der Fall ist.

Gemeinsam mit der evangelischen Kirche wollen wir die Sanierung des Grundstücks Viktoriastraße / Kronprinzenstraße voranbringen. Der Platz zwischen Kirche und Gemeindehaus soll dabei städtebaulich neu gefasst und mit hoher Aufenthaltsqualität neugestaltet werden. Die Sanierung des Brunnens oder dessen Neubau ist dabei zu prüfen.

Der Mannstaedt-Parkplatz (Louis-Mannstaedt-Straße in Troisdorf-West) soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und/oder alternative Nutzungskonzepte erarbeitet werden.

Im Rahmen der Sanierung Aggerdamm soll die Nutzung der Deichkrone als Fahrradweg verbessert werden. Obwohl SPD und GRÜNE zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Parkplatz am Fußballstadion auch mit Blick auf den Kletterpark bereits realisiert wurde, halten sie den Kletterpark am in Rede stehenden Standort in Spich für untauglich und unangebracht.

Neben den Werbegemeinschaften der verschiedenen Ortsteile soll die Verwaltung für die Einrichtung so genannter Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG) werben. Die Verwaltung ist bei entsprechenden Gründungen gehalten, aktiv die jeweilige ISG zu unterstützen.

Das Stadtteilkonzept Oberlar hat für uns eine prioritäre Bedeutung. SPD und GRÜNE erwarten zeitnah ein Handlungskonzept zur Umsetzung von Verbesserungen im Ortsteil. An dem gemeinsamen Ziel, einen Biosupermarkt in die Stadt zu holen, halten wir auch weiterhin fest.

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit Veranstaltungen in der Innenstadt und einer Wiederbelebung des Herbstmarktes, wenn möglich ohne externe Veranstalter, aber durch Vereinsangebote, die Fußgängerzone wieder attraktiver zu machen.

Kooperationsbaustein Energie

GRÜNE und SPD sehen in der regionalen Förderung regenerativer Energie einen starken Beitrag für das Ziel Klimaneutralität. Stadtwerke und TroiKomm sollen daher Projekte im Umfeld Troisdorfs initiieren und sich daran beteiligen. Dazu soll ein erneuter Versuch gestartet werden mit den Energieversorgern im Kreis, den Kreiskommunen und dem Rhein-Sieg-Kreis, selbst gemeinsame lokale und regionale Initiativen zu fördern, zum Beispiel über die BRS.

Mit dem Kommunalen Energiemanagement wird die Stadtverwaltung zukünftig ihren Beitrag zur Energieeinsparung leisten und zusätzlich den städtischen Haushalt entlasten. Personal- und Investitionskosten werden ab dem Haushalt 2021 bereitgestellt. Durch die Energieeinsparung wird sich diese Verwaltungsaufgabe mindestens selbst tragen und einen Beitrag zur CO₂-Einsparung leisten.

Soweit möglich und für Natur und das bestehende Wohnumfeld verträglich, werden wir die oberflächennahe Geothermie weiter ausbauen. Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) und die Wärmegewinnung aus Abwasserkanälen sollen geprüft und gegebenenfalls mit Unterstützung der Stadtwerke betrieben werden.

Alle Dächer der städtischen Immobilien werden für Solarenergie-Anlagen oder solarthermische Lösungen an private Investoren verpachtet, sofern Statik und Bausubstanz dies erlauben.

Das Solarfeld in Oberlar wird auch nach Ende der Förderung weiter genutzt. Sofern die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist, findet ein sukzessives Repowering der Anlage statt. Einer Ausweisung als Wohngebiet erteilen wir eine Absage.

Im Zuge einer möglicherweise erfolgreichen Bewerbung der Region für eine Förderung „Wasserstoffstrategie NRW“ sollen die Stadtwerke und die TroiKomm sich einbringen. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob das Biogas der Kläranlage durch Pyrolyse-Technik als Pilot für eine Wasserstoffproduktion genutzt werden kann.

Kooperationsbaustein Verkehr und Mobilität

GRÜNE und SPD sehen in der Mobilitätswende ein zentrales Ziel des Klimaschutzes. Zukünftig werden Investitionen im Radwege- und Straßennetz gleichrangig behandelt. D.h. das vorliegende Nahmobilitätskonzept mit seinem Maßnahmenkatalog Radwegbau und -sanierung mit dem Ziel eines angemessenen Fahrradweg-Standards zwischen den Stadtteilen und zu Nachbarstädten wird finanziell gleich gewichtet wie Straßensanierungsprogramme.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2022 Finanzmittel für die Neuauflage eines Verkehrsentwicklungsplanes einzustellen, der dem Fuß- und Radverkehr mindestens eine gleichrangige Bedeutung gegenüber dem Autoverkehr einräumt.

GRÜNE und SPD wollen mit einem Stadtbussystem eine Alternative zum Individualverkehr bieten. Für 2022 werden wir daher für Spich pilothaft ein engmaschiges Netz im Ortsteil mit dem Zielpunkt Spicher Bahnhof installieren. Ist der Pilot erfolgreich, wollen wir ab 2023 in allen Ortsteilen nach und nach analoge Netze einführen. Soweit technisch realisierbar, soll die RSVG zur Kostensenkung dabei autonom fahrende Busse einsetzen.

Angestoßen werden sollen aber auch Machbarkeits- oder Modellversuche von anderen bürgernahen Mobilitätskonzepten (z.B. Nachbarschafts-Busse).

Für den allgemeinen ÖPNV streben wir eine bedarfsgerechte Verdichtung des Taktes an. Mit dem Anschluss der S13 an den Bahnhof FWH und dem weiteren Ausbau der Mobilstationen werden die Umstiegsmöglichkeiten vom Auto auf Bus, Bahn und Rad weiter verbessert. Das bisherige Fördervolumen werden wir auch in den nächsten fünf Jahren mit einem städtischen Anteil von 160.000 Euro jährlich ausstatten, bis alle Mobilstationen im Stadtgebiet ihren endgültigen Ausbau erreicht haben.

Über eine Umfrage wollen wir den Bedarf für eine zusätzliche Schnellverbindung Altenrath - Bahnhof Troisdorf mit maximal sechs Haltestellen zwischen Dorfmitte und Bahnhof prüfen lassen. Mit einem Halt auf der Höhe der Haltestelle „Fliegenberg“ soll zusätzlich dem Parkdruck am Fliegenberg entgegengetreten werden. Wenn das Ergebnis positiv ist, soll die RSVG dann 2022 ein Angebot schaffen, unter Umständen auch durch eine bedarfsangepasste Reduzierung der Linie 506. An allen Haltestellen sind Fahrgastunterstände zu errichten.

GRÜNE und SPD stehen der geplanten Stadtbahnlinie Niederkassel-Bonn offen gegenüber und sehen in einer Anschlussstelle Bergheim einen positiven Effekt zur Entlastung des Verkehrs nach Bonn.

GRÜNE und SPD werden sich finanziell, planerisch und politisch an allen Stellen für eine schnelle Alternativroute der Evonik-Anbindung an das DB-Netz einsetzen. Sofern Haushaltsmittel bereits in der laufenden Wahlperiode notwendig sind, werden wir die bislang prognostizierten Mittel für Planungskosten in Höhe von 1,5 Mio. EUR bereitstellen.

Das freiwerdende Gleis des „Rharbarberschlittens“ wird in eine Radvorrangroute umgewandelt. Hierfür werden wir mindestens 50.000 Euro Planungskosten einsetzen, um Planungs-, Abriss- und Baukosten zu ermitteln.

Die Südumgehung Spich ist ein möglicher Baustein zur Entlastung des Spicher Ortskerns. GRÜNE und SPD wollen daher die vorhandene Streckenführung erhalten und optimieren, unter Berücksichtigung und vollständigem Erhalt der Landschafts- und Naturschutzgebiete.

Das Nahmobilitätskonzept wird ab 2024 weiterentwickelt bzw. evaluiert. Für den Haushalt 2025 stellen wir hierfür mindestens 70.000 EUR ein.

Im Zuge der Verkehrswende soll das bisherige Car-Sharing-Angebot weiter ausgebaut werden, zum Beispiel durch Umwandlung von öffentlichen Parkplätzen in Stellflächen für Car-Sharing-Fahrzeuge.

Sofern die EL 332 in der laufenden Wahlperiode fertiggestellt wird, erhält die Verwaltung den Auftrag, die bestehende Ortsdurchfahrt im Zuge der L 332 in Eschmar und Sieglar und angrenzende Zubringerstraßen umfassend in Richtung einer geringeren Belastung umzugestalten. Vorschläge der Bürgerschaft und die Einbindung einer Vorrangnutzung durch den Radverkehr werden dabei berücksichtigt.

Für den zunehmenden Durchgangsverkehr im Gleisdreieck insbesondere durch Motorräder wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Lösungen zu finden, u.U. auch mit Einbahnstraßenregelungen.

Die Diskussion im Umwelt- und Verkehrsausschuss zum Thema Drängelgitter hat SPD und GRÜNE sensibilisiert. Die Verwaltung soll daher in den nächsten Jahren die Notwendigkeit aller innerstädtischen Drängelgitter prüfen, soweit möglich unter Beteiligung von Anwohnern und Nutzern der jeweiligen Straßen bzw. Brücken. Alternative Lösungen wie z.B. Heckenbepflanzungen sollen in der Prüfung mitberücksichtigt werden.

GRÜNE und SPD sehen einen Bedarf im Ausbau von E-Ladestationen. Hierzu sollen die Stadtwerke aufgefordert werden, ein flächendeckendes, öffentliches Netz bis 2025 aufzubauen. Ein entsprechendes Interesse vorausgesetzt, sind private Anbieter eingeladen, sich an diesem Netz zu beteiligen.

GRÜNE und SPD erwarten, dass die mobile Verkehrsüberwachungsanlage spätestens zum Jahresbeginn 2021 an den Start geht. Bis dahin legt die Verwaltung ein Konzept vor, welche Verkehrspunkte zunächst angegangen werden. Kindergärten, Schulen, Alten- und Seniorenheime sehen wir als prioritäre Punkte an.

Kooperationsbaustein Wirtschaftsförderung

SPD und GRÜNE wollen gemeinsam der TROWISTA ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen an die Hand geben, um den Wirtschaftsstandort Troisdorf weiter auszubauen. Gemeinsam mit der TroiKomm soll dabei im Rahmen einer klaren Aufgabenteilung Unternehmen und Gewerbetreibenden eine herausragende Arbeitsgrundlage geboten werden. Die TROWISTA erhält zusätzliches Personal zur Abdeckung der politisch geforderten Mehraufgaben.

SPD und GRÜNE verschließen nicht die Augen vor dem wirtschaftlichen Druck, den der Online-Handel auf die Troisdorfer Einzelhändler ausübt. Die TROWISTA soll auch im Bereich City-Marketing und -Management tätig werden und damit eine Plattform schaffen, die Online-Handel und Einzelhändler verbindet. Bestehende Förderprogramme zur Förderung des Einzelhandels von Land und Bund wollen wir maximal ausschöpfen unter angemessener Beteiligung der davon profitierenden Akteure.

Erarbeitet werden soll aber auch ein Vitalisierungskonzept für die Fußgängerzone (Teilüberdachungen, Spielgeräte, Pop-up-Stores, Kulturoffensive) zur Steigerung der Aufenthaltsqualität. Die Sondernutzungssatzung soll in diesem Zusammenhang kritisch überprüft werden.

Möglichst viele Unternehmer und speziell der Einzelhandel sollen für eine City-Logistik-Kooperation gewonnen werden, um Synergien in der Belieferung und im Versand insbesondere im Kernstadtbereich zu realisieren. Hierbei sollte der Erhalt von Landesförderungen für den Einsatz von Lastenrädern angestrebt werden.

„Co-Working Spaces“ ist ein Arbeitsmodell der Zukunft. Wir werden daher die TROWISTA beauftragen, einen geeigneten Baukörper im Stadtgebiet hierfür zu identifizieren. Gemeinsam mit dem jeweiligen Eigentümer sollen dann ideale Voraussetzungen für einen attraktiven Standort geschaffen werden.

Der Standort Troisdorf mit seinem Kompetenzzentrum Kunststoff soll zukunftsweisend aufgestellt werden. Der Bürgermeister wird daher aufgefordert, mit der Landesregierung über die Ansiedlung eines nordrhein-westfälischen Forschungsinstitutes zur Erforschung von innovativen Recyclingverfahren und Systemen der Müllreduzierung zu verhandeln.

Wir wollen kleinen und mittleren Unternehmen wieder die Möglichkeit schaffen, über die ÖKOPROFIT-Förderung des Landes mit Unterstützung der TROWISTA energie- und ressourcenschonende Arbeitsprozesse einzuführen. Die Stadt wird diese Förderung mit eigenen Mitteln um 10 Prozent erhöhen bei einem Haushaltsansatz von 10.000 Euro. SPD und GRÜNE sehen im Breitbandausbau einen wichtigen Baustein für die Entwicklung Troisdorfs zur „Smart City“. Demzufolge werden wir in allen Gremien und im Rat den 5G- und den Glasfaserausbau forcieren.

Wir streben dabei eine optimale Versorgung in allen Ortsteilen unter Ausnutzung von überregionalen Fördermitteln und Angeboten Dritter. Die TroiKomm als städtische Tochter soll dabei in der Glasfasertechnik weiter voranschreiten. Neben dem Breitbandausbau ist der flächendeckende Aufbau von Freifunk-Anlagen eine wichtige Digitalisierungsstrategie. SPD und GRÜNE wollen daher auf allen städtischen Gebäuden eine Freifunk-Anlage einrichten. Die Stadt wird alle Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes hierzu beantragen.

Kooperationsbaustein Kinder und Jugend

SPD und GRÜNE bekennen sich zur bisherigen Politik des stetigen Ausbaus von Quantität und Qualität im Kitabereich. Das Ziel der Trägervielfalt über konfessionelle, gewerbliche und sozial ausgerichtete Anbieter zu erreichen ist für die Kooperation von großer Wichtigkeit. Ergeben sich zusätzliche finanzielle Spielräume, werden diese mit hoher Priorität in die Senkung der Beiträge im U3-Bereich eingesetzt. Grundsätzlich vertreten SPD und Grüne die Auffassung, dass Kitas und TroGATA als Teil des Bildungsangebotes gebühren- und beitragsfrei sein sollten. Für eine auskömmliche Finanzierung sehen wir das Land in der Verantwortung.

Wir wollen gemeinsam mit dem Berufskolleg einen Versuch starten, im Bereich der erzieherischen Ausbildung Modelle zu entwickeln, die zukünftige Erzieher*innen früh in die kommunale Kita-Landschaft einzubinden, zum Beispiel durch eine Ausbildungsvergütung mit einer anschließenden Verpflichtung zur Tätigkeit bei der Stadt oder einer Einrichtung in der Stadt.

Wir wollen das Engagement von Eltern im Bereich Jugend weiter stärken. Daher soll es zukünftig ein eigenes Sekretariat für den Jugendamtselternbeirat (JAEB), zusammen mit der Stadtschulpflegschaft, geben.

Der Ausbau von Ü3- und U3-Angeboten soll bedarfsgerecht weitergeführt werden. Ein Randstundenangebot in den großen Kindertageseinrichtungen für beruflich tätige Eltern oder Alleinerziehende soll ab dem 31.01.2021 kostenfrei angeboten werden. Eine entsprechende Steuerung der Platzvergaben und eine frühzeitige Bedarfsanalyse im Jugendamt soll eine optimale Angebotsstruktur für interessierte Eltern schaffen.

Die Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans ab 2021 soll finanziell mindestens die Förderung des letzten Planes, verbunden mit einer jährlichen Steigerung im Rahmen der tariflichen Entwicklungen, beinhalten.

Inhaltlich wird angestrebt, gemeinsam mit den Trägern der offenen Jugendarbeit das Angebot bedarfsgerecht fortzuschreiben.

Für eine schnellere Lösung von schulspezifischen Problemen wollen wir für Lehrer*innen und Schüler*innen eine zentrale Ansprechstelle im Jugendamt einrichten.

Die Tagespflege ist essenzieller Bestandteil eines flächendeckenden Netzes an Kinderbetreuung. SPD und GRÜNE wollen die selbstständige Tätigkeit als Tagesmutter oder -vater attraktiver gestalten, in dem z. B. der städtische Freibetrag erhöht wird. Gleichzeitig soll die Verwaltung prüfen, ob städtische Qualifizierungsangebote für die Tagespflege angeboten werden können.

Für den Bereich der Kinderspielplätze und der Spielflächen bei Kindergärten und Schulen streben wir eine vollständige Ausfinanzierung bei Ausstattung, Personal, Sanierung und Unterhalt an. Hierzu erwarten wir von der Verwaltung einen Vorschlag über entsprechend aufgestockte Finanzmittel für die nächsten fünf Jahre.

Kooperationsbaustein Senior*innen

SPD und GRÜNE sehen einen Bedarf zur weiteren Verbesserung der städtischen Angebote für Senior*innen. Gemeinsam wollen wir den Seniorenbeirat in seiner Arbeit stärken und mit einer demokratischen Legitimation ausstatten.

Senior*innen wollen und sollen sich zunehmend aktiv ins gesellschaftliche Geschehen einbringen. Daher schaffen wir ein Angebot, mit Unterstützung durch Förderangebote wie ZWAR, dieses Interesse zu vernetzen. Mit den Stadtteilzentren schaffen wir für die Senior*innen ein wohnortnahes Angebot.

Die aktive Beteiligung der Senior*innen ist durch Stärkung eines integrativen Miteinanders aller Altersgruppen zu erreichen.

Dem Wunsch nach einer stärkeren Interessensbeteiligung von Senior*innen am Geschehen in der Stadt wollen wir Rechnung tragen, in dem die Tagesordnungen der Ausschüsse wieder im Rundblick abgedruckt werden.

Wir wollen das Angebot an Pflegeunterstützung massiv ausweiten, damit nicht immer mehr Pflegebedürftige in andere Kommunen ausweichen müssen und sie selbst und ihre Angehörigen dadurch belastet werden. Mit einem richtungweisenden kommunalen Pflegenetzwerk bringen wir alle Akteure unter ein Dach.

Kooperationsbaustein Schule

GRÜNE und SPD werden auch weiterhin Schulsanierungen und –modernisierungen voranbringen. Ziel muss dabei sein, ein Maximum an energetischer Verbesserung und Aufenthaltsqualität für die Lehrer*innen und Schüler*innen in ihrer Schule zu schaffen.

Mit dem Schulneubau Gesamtschule Sieglar werden erhebliche finanzielle und personelle Mittel der Stadt gebunden. Wir sehen im Neubau eine Chance, mit moderner Bauweise auch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

GRÜNE und SPD sehen in der Digitalisierung der Schulen einen wichtigen Zukunftsgedanken,

- technisch durch den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser, einen umfassenden Support und moderne Endgeräte,
- pädagogisch in Angeboten zur Aus- und Fortbildung der Lehrer*innen.

Die Qualifizierung von Lehrer*innen ist keine Pflichtaufgabe der Stadt. SPD und GRÜNE sehen sich aber in einer besonderen Verantwortung. Wir werden daher den Etat der Troisdorfer Fortbildungsgemeinschaft weiterführen. Die Landesregierung bleibt aufgefordert, bei der Fortbildung ihres Personals gerade im Bereich Digitalisierung mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

GRÜNE und SPD möchten das Engagement der Schüler- und Elternschaft stärken. Daher werden wir die Stadtschulpflegschaft, gemeinsam mit dem Jugendamtselternbeirat (JAEB), mit einem Sekretariat ausstatten.

In Ergänzung zur Troisdorfer Bildungslandschaft wollen wir, bei entsprechender Nachfrage, darüber hinaus ein Budget für die Stadtschulpflegschaft für Fortbildungsangebote einrichten. Damit verbunden erhält die Stadtschulpflegschaft einen beratenden Sitz im Schulausschuss.

Einer Stadtschülervertretung wollen wir das gleiche Angebot machen, sofern sie sich dauerhaft etabliert.

Projektartige Angebote zur Förderung der Eigenverantwortung sind aus Sicht von GRÜNEN und SPD ein wichtiges Instrument, um die Identifikation mit der eigenen Schule zu stärken.

Der Schüler*innenschaft werden wir daher, zunächst als Pilot, 2022 ein Angebot für einen Schüler*innenhaushalt machen, einem eigenen Etat, der mit eigenen Ideen für die eigene Schule ausgegeben werden kann. Hierfür wollen wir 2021 werben und für zwei weiterführende Schulen insgesamt 10.000 EUR bereitstellen. 2022 sollen dann zwei Grundschulen insgesamt 5.000 EUR verwenden können. Ergibt die Evaluation der beiden Piloten ein positives Bild, soll 2024 weiteren interessierten Schulen die Umsetzung ermöglicht werden.

Schulen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen ihrer Selbstständigkeit erhalten. Daher wird ab 2022 für alle Schulen ein verbindlicher Sockelbetrag von 500 Euro unabhängig von der Schüler*innenzahl zusätzlich zur bestehenden Pro Kopf-Förderung eingeführt, mithin 40.000 EUR pro Jahr. Damit können insbesondere kleinere Schulen ihr Angebot verbessern.

Ziel schulischer Inklusion ist der gemeinsame Unterricht für alle Schüler*innen, unabhängig von etwaigen Beeinträchtigungen. GRÜNE und SPD nehmen zur Kenntnis, dass dieses Ziel nicht gegen die Elternschaft umgesetzt werden kann. Die Troisdorfer Förderschule bleibt gleichberechtigter Teil der Troisdorfer Schullandschaft.

Auch Schulen sind nicht frei von Kriminalität. Die Schulen sollen daher bei der Kriminalitätsbekämpfung stärker mit Polizei und Ordnungsamt zusammenarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Troisdorf aus dem nunmehr entfristeten Landesprogramm „BuT-Schulsozialarbeit“ finanzielle Mittel für Schulsozialarbeit akquirieren kann. Bei einem positiven Ergebnis ist der städtische Anteil in den Haushaltsplan einzustellen. Des Weiteren ist die Verzahnung von Jugendamt und weiterführenden Schulen durch temporär begrenzte Personalabstellung des Jugendamtes an weiterführende Schulen sukzessive auf- und auszubauen.

Kooperationsbaustein Soziales und Inklusion

SPD und GRÜNE werden das Thema Inklusion in allen Lebensbereichen in den Fokus der kommunalen Politik setzen. Dazu werden wir ein kommunales Förderprogramm Inklusion, zum Beispiel im Sport oder in der Kultur, in Höhe von 10.000 Euro jährlich ab 2022 auflegen. Die Verwaltung soll 2021 für dieses Förderprogramm breit werben.

Die Überlegungen des Rhein-Sieg-Kreises zur Inklusion sind bereits weiter vorangeschritten. Die Troisdorfer Verwaltung soll das Kreisinklusionskonzept auf seine Realisierbarkeit in Troisdorf prüfen und der Politik Umsetzungsvorschläge unterbreiten.

„Ein wichtiger Teil der Inklusion beeinträchtigter Menschen ist die Sprache. SPD und GRÜNE werden die Verwaltung verpflichten, ergänzende Angebote in „Leichter Sprache“ in allen Bereichen der Kommunikation mit Bürger*innen umzusetzen. Dazu wird die Verwaltungsspitze mit den Mitarbeiter*innen und externen Kräften einen fünfjährigen Fahrplan zur Umsetzung und Priorisierung in der kommunalen Verwaltung entwickeln. Ziel ist, dass die Informationen über kommunale Leistungen und Unterstützungsangebote sowie kommunale Schreiben auch in Leichter Sprache zur Verfügung stehen, damit möglichst viele Bürger*innen einen Zugang dazu haben. Der Bürgermeister berichtet halbjährlich über die Fortschritte.“

Eigener Wohnraum ist für Menschen mit Beeinträchtigungen von zentraler Bedeutung zur Erlangung von Selbstständigkeit. SPD und GRÜNE werden daher entsprechende Angebote fördern und bei zukünftigen Bauprojekten einen bedarfsgerechten Anteil berücksichtigen.

SPD und GRÜNE halten an den bisherigen Förderstrukturen privater Initiativen im sozialen Bereich, zum Beispiel der „Frühen Hilfen“, und „Frauen helfen Frauen e.V.“ fest., Dies umfasst auch eine finanzielle Aufstockung zum Ausgleich tariflicher Steigerungen und des Inflationsausgleiches, wenn das Land seiner Verpflichtung an dieser Stelle nicht nachkommt. Den wirkungsorientierten Haushalt im Sozialbereich behalten wir bei. SPD und GRÜNE halten am Mehrgenerationenhaus Nahestraße fest, unabhängig von überregionalen Fördermitteln.

Der Kulturgutschein soll auch in den nächsten fünf Jahren finanziell Schwächere als freiwillige Leistung der Stadt unterstützen. Der Haushaltsansatz wird für 2021 wegen des fehlenden Angebots des AGGUAs auf 50.000 Euro gesenkt. 2022 bis 2025 werden im städtischen Haushalt wieder 100.000 Euro eingestellt. 2023 wollen wir gemeinsam mit den Sozialverbänden das Konzept des Kulturgutscheins evaluieren und ggf. verbessern.

Kooperationsbaustein Integration

Die Integration von Migrant*innen in die Mehrheitsgesellschaft ist eine Aufgabe, der sich insbesondere die kommunalen Strukturen stellen müssen. SPD und GRÜNE wollen mit einer Stärkung des Integrationsrates, zum Beispiel durch eine eigene Geschäftsstelle, der Professionalisierung der Integrationsarbeit Vorschub leisten. Eine Geschäftsstelle außerhalb der Verwaltung soll Interessen und Fragen bündeln und bei Bedarf Schulungsangebote entwickeln und unterbreiten.

SPD und GRÜNE wollen ein kommunales Angebot für Migranten und Migrantinnen schaffen, um deutsche Sprachkenntnisse zu verbessern, auch wenn die Betroffenen bereits seit längerem in Deutschland leben. Als einen möglichen Ort für ein solches Angebot bietet sich die VHS an.

Wir wollen dem Rassismus insbesondere im Alltag konsequent begegnen. Als Mitglied des Europäischen Städtebündnisses gegen Rassismus werden wir zukünftig mehr personelle und finanzielle Ressourcen aufwenden, um dem menschenverachtenden und rassistischen Ausgrenzen in Troisdorf entgegenzuwirken. Dazu soll ehrenamtliches Engagement weiter gestärkt werden, auch über die Ehrenamtskarte hinaus, mit Zuschüssen für Projekte mit Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Vorteile der Ehrenamtskarte sollen analog der Nachbargemeinden wie z. B. Sankt Augustin ausgeweitet werden.

SPD und Grüne beabsichtigen, durch eine stärkere muttersprachliche Sozialarbeit Asylbewerber und geflüchtete Menschen besser zu unterstützen.

Kooperationsbaustein Bildung und Kultur

SPD und GRÜNE werden die Digitalisierung auch in die Kulturlandschaft einfließen lassen und ein internetgestütztes Informationsangebot zu den städtischen Kunstobjekten einrichten.

Mit der wirkungsorientierten Haushaltsführung haben wir eine klare Förderstruktur für alle Kreativschaffenden eingerichtet. Ziel wird es für SPD und GRÜNE sein, die bisherigen Fördermittel mindestens zu erhalten. Der „Freien Szene“ wollen wir über das Kunsthaus zukünftig nicht nur Räumlichkeiten anbieten, sondern auch ein Beratungsangebot ermöglichen. Die Leitung des Kunsthauses soll entsprechende Strukturen einführen. Beiden Fraktionen ist die Förderung einer gestärkten Straßenkultur als Standortfaktor zum Beispiel für eine attraktive Fußgängerzone wichtig.

Beide Bibliotheksstandorte werden im Rahmen des Bibliothekskonzeptes erhalten. Die Entscheidung für den endgültigen Standort des Hauptstandortes wollen wir nach den Vorgaben des Bibliothekskonzeptes treffen.

Die Musikschule wird weiterhin mindestens mit den bisherigen Finanzmitteln aus 2020 gefördert. Höhere Einnahmen durch steigende Schüler*innenzahlen fließen 1:1 zusätzlich in den Etat ein. Für die Haushaltsplanberatungen 2023/24 wird die Verwaltung beauftragt, die Honorarsätze der freien Mitarbeiter*innen auf das marktübliche Niveau im kommunalen Umkreis anzupassen.

Für das überregionale Image der Stadt ist ein Alleinstellungsmerkmal wichtig, welches über den kommunalen Tellerrand hinaus Troisdorf repräsentiert. SPD und GRÜNE werden das Bilderbuchmuseum in den nächsten fünf Jahren durch finanzielle und personelle Ausstattung zu einem solchen Alleinstellungsmerkmal ausbauen. In einem ersten Schritt werden der Personal- und Ausstellungsetat für die Haushalte 2021/2022 angehoben, in Richtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle und einer Verdopplung des bisherigen Ausstellungsetats. Zudem sollen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, eine digitale Selbstständigkeit von der städtischen Internetseite zu realisieren.

Der übrigen Museumslandschaft in Troisdorf sichern SPD und GRÜNE auch weiterhin mindestens die bisherigen Zuschüsse zu. Den privat organisierten Museen (Fischerei, Karneval) wollen wir ebenfalls finanzielle Mittel und zusätzliche oder verbesserte Räumlichkeiten anbieten, vorausgesetzt Fördermöglichkeiten des Kreises, Landes oder Bundes werden ausgeschöpft, z.B. durch Gründung eingetragener Vereine. Wir wollen zu den Haushaltsplanungen 2023/2024 prüfen, ob für eine weitere Steigerung der Attraktivität zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen.

SPD und GRÜNE fördern auch weiterhin den Städtepartnerschaftsverein mindestens in gleicher Höhe wie bisher. Mit weiteren Fördermitteln, zum Beispiel der EU, wollen wir den Partnerschaftsgedanken noch attraktiver gestalten. Ziel soll es sein, neben dem klassischen Angebot des Vereins für den Partnerschaftsgedanken neue Interessierte anzuwerben.

Am Standort Maria Königin wollen wir ein sozialkulturelles Zentrum für die Stadt schaffen und damit im Ortsteil West ein Angebot schaffen. Dies setzt die Bereitschaft der Kirche zur Vermietung oder Verpachtung an die Stadt zu einem angemessenen Preis voraus. Die Volkshochschule werden wir gemeinsam mit der Stadt Niederkassel weiterentwickeln. Sofern gewünscht und für alle Beteiligten von Vorteil wollen wir Nachbarkommunen erneut den Beitritt zur VHS Troisdorf/Niederkassel eröffnen.

Die VHS prüft die Einführung eines zehnzprozentigen Seniorenrabatts für Angebote, die die Alltagskompetenz verbessern, z.B. im IT-Bereich.

Der Heimat- und Geschichtsverein wird in seiner bisherigen Arbeit weiter uneingeschränkt unterstützt.

Die Tarifordnung für Stadthalle, Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen soll noch einmal mit dem Ziel der Vereinsfreundlichkeit überprüft werden; Stadtfest u.ä. sollen den Vereinen wieder stärker Gelegenheit geben, sich zu präsentieren.

Angestrebt ist auch eine Wiederbelebung von Künstler-Events mit internationaler Beteiligung (Fassadenmalerei, Straßenmalerei, Bildhauertreff).

Kooperationsbaustein Sport, Freizeit und Naherholung

SPD und GRÜNE setzen ab 2021 das bestehende Naherholungskonzept weiter konsequent um. Ziel ist die Realisierung von mindestens zwei Lupenräumen, beispielsweise Rotter See und Waldpark, in der Wahlperiode.

SPD und GRÜNE werden jährlich 15.000 EUR für mindestens eine neue Hundeauslauffläche als einem Element des Naherholungskonzeptes im Stadtgebiet investieren. Zukünftige Angebote sind bedarfsgerechter mit mehr Fläche auszuweisen.

SPD und GRÜNE streben an, die Verwaltung zu verpflichten, den beschlossenen Antrag der GRÜNEN aus den 1990er Jahren zur Errichtung einer Finnenbahn umzusetzen. Hierzu wollen wir dem zuständigen Fachausschuss Vorschläge unterbreiten.
SPD und GRÜNE stärken die Selbstständigkeit und -verantwortung der Vereine durch Verlagerung möglichst vieler Entscheidungen in die Selbstverwaltungsstrukturen, z. B. den Freizeitring oder den Stadtsportverband.

Das bisherige Angebot von Sportstätten wird bedarfsgerecht erhalten. Dies kann auch zu einer Zusammenlegung bisheriger Nutzungen führen und damit verbunden zur Aufgabe einzelner Standorte, wenn demografischer Wandel und die Nachfrage der Vereine einen Erhalt von bestimmten Strukturen nicht mehr rechtfertigt.

Sportplätze sind nach Möglichkeit zukünftig auch der Freizeitnutzung durch Nichtmitglieder zugänglich zu machen, ohne dass dies zu einer Mehrbelastung der Vereine führen darf. Die TROWISTA wird beauftragt, die planerische und wirtschaftliche Machbarkeit einer Disco im Gewerbegebiet Gierlichstraße oder Junkersring bei entsprechenden Betreibern abzufragen und ggf. zu realisieren.

Kooperationsbaustein Lärm

Lärmbelästigung ist eine anhaltende gesundheitliche Belastung für alle Betroffenen. SPD und GRÜNE wollen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten über den Lärmaktionsplan weiter auf Bahn, Landesstraßenbetrieb und Flughafen einwirken, die technischen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen, Lärmquellen zu reduzieren oder ganz abzuschaffen. Für den langfristigen sechsspurigen Ausbau der A59 fordern wir frühzeitig den Bau eines Lärmschutzwalls auf der Höhe „In den Feldfluren“. Eine vollständige Kostenübernahme durch den zuständigen Landesstraßenbetrieb bei der Verlagerung der Oberlandleitungen vorausgesetzt, wird die Stadt umgehend, auch vor eigentlichem Baubeginn der A59, einen Lärmschutzwall errichten lassen, analog zur Lösung Fritz-Erler-Straße. Die DB soll aufgefordert werden, innerörtliche Eisenbahnschienen stärker gegen Lärm zu dämmen.

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass der Lärm des Flughafens Köln/Bonn reduziert werden muss, insbesondere für die Nachbarkommunen, aber auch für Teile von Troisdorf. SPD und GRÜNE werden sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, ein Nachtflugverbot für Passagierflüge durchzusetzen. Die städtische Vertretung in der Fluglärmkommission wird für Troisdorf ihren Einfluss entsprechend geltend machen.

Die zunehmende Lärmbelastung durch Hubschrauberflüge vom Flughafen Hangelar aus wollen wir ebenfalls senken. Hierzu soll in einem interkommunalen Gespräch mit der Stadt Sankt Augustin nach Lösungen gesucht werden mit dem Ziel, die Flugrouten so zu verändern, dass Rundflüge in Richtung Köln nicht mehr über Troisdorfer Wohngebiet erfolgen. Die GRÜNEN streben eine Mitgliedschaft der Stadt Troisdorf in der Lärmschutzgemeinschaft Köln/Bonn e.V. an.

Kooperationsbaustein Friedhöfe

SPD und GRÜNE sehen die Troisdorfer Friedhöfe auch als Orte des Zuruhekommens und der Naherholung an. Daher schlagen wir vor, die Freiflächen in und um die Friedhöfe ökologisch aufzuwerten und auszugestalten.

Das Konzept Friedwald wird als alternative Bestattungsform zunehmend attraktiver. Wir sehen daher für ein entsprechendes Angebot in der Troisdorfer Friedhofslandschaft einen Bedarf, den es umzusetzen gilt.

Für viele Menschen ist die letzte Ruhestätte im eigenen Ortsteil ein wichtiges Bedürfnis. Trotz des pflegerischen Mehrbedarfs sehen SPD und GRÜNE daher derzeit den Wunsch nach wohnortnaher Bestattung als wichtig an, so dass wir keine Schließung von Friedhofsstandorten mehr verfolgen wollen.

Die auskömmliche Finanzierung der Friedhöfe ist verbunden mit einer angemessenen Kostenstruktur. Deshalb beauftragen wir die Verwaltung, der Politik eine geeignete Preisgestaltung in regelmäßigen Abständen vorzulegen.

Kooperationsbaustein Sicherheit

SPD und GRÜNE sehen in der Freiwilligen Feuerwehr einen unverzichtbaren Bestandteil der kommunalen Sicherheit. Personelle Sicherung und Ausbau durch Steigerung der Attraktivität sind ein zentrales Ziel der Politik der Kooperation. Der Feuerwehrbedarfsplan wird daher in den nächsten fünf Jahren konsequent umgesetzt. Begleitet werden soll diese Arbeit durch einen Fachbeirat Freiwillige Feuerwehr. Die Realisierung eines neuen Feuerwehrgerätehauses für den Stadtteil Oberlar ist dringend geboten.

Gerade Kinder und Jugendliche sollen an das Thema Feuerwehr herangeführt werden. Demnach ist es das Bestreben von SPD und GRÜNEN, eine stadtweite Kinderfeuerwehr aufzubauen. Für pädagogische Unterstützung werden entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Der Pandemieprävention wird nach Jahren der Vernachlässigung wieder Gewicht eingeräumt, eine Lehre der Auswirkungen von Corona. Die Verwaltung wird dem Fachausschuss zukünftig jährlich dazu berichten.

SPD und GRÜNE sehen einen hohen Handlungsbedarf in der Abwehr des subjektiven Angstgefühls der Bürger*innen auf den Straßen und Plätzen der Stadt. Wir wollen unterschiedliche Ansätze nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander nutzen zum Wohle der Troisdorfer*innen. In gleichrangiger Form werden daher Ordnungskräfte wie Sozialarbeiter*innen im Straßenbild der Innenstadt, aber auch in den Ortsteilen wirken. Unabhängig davon werden wir weitere Ordnungskräfte bei der Parkraumüberwachung einsetzen.

Subjektiv empfundene oder auch objektiv reale Angsträume zu vermeiden, ist eine wichtige Forderung an die Politik. Hierzu gilt es im Dialog mit Betroffenen, diese zu identifizieren und geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Ein Vorschlag könnte die stärkere Ausleuchtung kleiner Fußwege im Wohngebiet sein. Die Verwaltung soll hierzu interessierte Bürger*innen zur Identifikation solcher Flächen einladen und konzeptionell der Politik Vorschläge unterbreiten.

SPD und Grüne streben eine Novellierung der Straßenreinigungssatzung mit dem Ziel an, dass die Stadt wieder regelmäßig reinigt. Hierzu wollen wir mit einem Ratsbürgerentscheid zur Bundestagswahl 2021 die Bürger*innen über die Wiedereinführung einer kommunalen Straßenreinigung befragen. Die Verwaltung werden wir beauftragen, entsprechende Kosten und Personalaufwendungen im Vorfeld zu ermitteln.

Kooperationsbaustein Verwaltung

Die Stadtverwaltung Troisdorf hat für ihre Bürger*innen, aber auch für die Unternehmen unserer Stadt, eine wichtige Vorbildfunktion. Mit der Verwaltungsspitze wollen wir daher, dass die Verwaltung zukünftig in Fragen des Klimas, der Integration, Inklusion und des Servicegedankens eine Vorreiterrolle einnimmt. Über die Aktivitäten der Verwaltung berichtet der Bürgermeister in regelmäßigen Abständen.

SPD und GRÜNE wollen gemeinsam mit den Verwaltungsmitarbeiter*innen die Digitalisierung der Stadtverwaltung ausbauen.

Die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz auch über Sozial- und Jugendamt hinaus soll das Ziel sein.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass Homeoffice-Angebote häufiger genutzt werden können als bislang vermutet. Telearbeitsplätze, ortsunabhängiges Arbeiten und vergleichbare Angebote sind aus Sicht von SPD und GRÜNEN daher soweit möglich auszubauen.

Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten wird ausgebaut und soll mit dem Thema demografischer Wandel und sexuelle Diversifizierung dauerhaft verbunden werden.

SPD und GRÜNE streben eine partnerschaftliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit des Rates mit dem Bürgermeister an. Dies bedarf eines frühen und umfassenden Informationsaustausches, insbesondere bei Projekten, die die gesamte Stadt betreffen. Neben dem Rat ist auch die Bürgerschaft zukünftig frühzeitig und umfassend über Großprojekte, soweit rechtlich möglich, zu informieren. Die Verwaltung ist aufgefordert, über die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten hinaus neue Formen der Bürger*innenbeteiligung zu schaffen, zum Beispiel durch Internetplattformen.

SPD und GRÜNE werden zu Beginn der Wahlperiode eine Berichtspflicht des Bürgermeisters als Gesellschafter der TroiKomm beantragen. Der Bürgermeister soll aufgefordert werden, bei grundlegenden Entscheidungen wie zum Beispiel der Verlängerung oder Ausschreibung von Geschäftsführungen das Votum des Rates einzuholen.

Zukünftige städtische Vergaben sollen sich, soweit rechtlich möglich, am „cradle to cradle-Prinzip“ orientieren. Mindestvorgabe ist eine Darstellung des jeweiligen Lebenszyklus für das Produkt im Angebot. Darüber hinaus wollen wir weitere Vergabekriterien einführen, die ökologische oder soziale Mindeststandards vorgeben.

Unterlagen für die Ausschuss- und Ratsarbeit sollen künftig ausschließlich digital zur Verfügung gestellt werden. SPD und GRÜNE schlagen vor, ab Juli 2021 Papierversionen von Ausschuss- und Ratsunterlagen den Fraktionen in Rechnung zu stellen - bis auf ein Exemplar für die Fraktionen und Einzelratsmitglieder.

SPD und GRÜNE wollen den Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung wiederbeleben mit einer gleichberechtigten Beteiligung aller im Rat vertretenden Parteien. Dies dient dazu, mit einem möglichst breiten Blick auf den Haushalt Schwächen und Einsparpotentiale zu erkennen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das kommunale Regelwerk aus Satzungen, Vorschriften und Regulierungen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und ggf. zu verschlanken. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen bis spätestens 2022 abgeschlossen sein.

Kooperationsbaustein Finanzen

GRÜNE und SPD streben eine auskömmliche Finanzierung der vorgestellten Projekte an. Ziel ist es dabei, durch effiziente Nutzung von Förderstrukturen des Bundes und des Landes eine hohe Co-Finanzierung zu erreichen.

Die Anpassung der Grundsteuer B, sofern sie in der laufenden Wahlperiode modernisiert wird, erfolgt so, dass sie lediglich das Niveau des bisherigen Aufkommens erreicht, soweit dies systematisch möglich ist.

Gewerbsteuer- und Grundsteueranhebungen werden wir vermeiden, sofern nicht durch zusätzliche Aufgaben des Bundes und des Landes sowie durch stärkere Belastungen durch den Kreis eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung nicht mehr gewährleistet ist. Gebührenanhebungen werden wir nach dem bereits in der letzten Wahlperiode beschlossenen Schlüsseln umsetzen. 2023 streben wir eine Evaluation dieser Schlüssel an. Investitionen im Sportbereich wollen wir gemeinsam mit den Vereinen umsetzen und dabei die Eigenverantwortlichkeit stärken.

Zweitwohnsitzsteuer und Hundesteuer werden nicht erhöht. Ab 2023 soll eine Verpackungssteuer eingeführt werden, deren Erlöse abzüglich Personalkosten vollständig der Förderung von Mehrwegprinzipien dienen. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit betroffenen Gewerbetreibenden über ein einheitliches Mehrwegsystem Gespräche zu führen. Eine solche Steuer erübrigt sich, wenn auf Bundesebene Plastikmüll verboten oder eine bundes- oder landesweite Einwegverpackungssteuer vor 2022 eingeführt werden. Den Bürger*innenhaushalt wollen wir ab 2023 wieder losgelöst von den Ortsvorsteher*innen umsetzen.

In der Abwägung der Ziele dieser Kooperationsvereinbarung und dem Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt werden GRÜNE und SPD alle möglichen Spielräume der Kommunalaufsicht nutzen, ihre Ziele ohne zusätzliche Steuererhöhungen zu realisieren.

Frank Goossens

Harald Schliekert

Erkan Zorlu

Thomas Möws